Verwaltungsvereinbarung zur Durchführung der Artikel 6 bis 9 des Abkommens vom 23.09.2015 über Soziale Sicherheit zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Albanien

Der Spitzenverband Bund der Krankenkassen, Deutsche Verbindungsstelle Krankenversicherung - Ausland (GKV-SV, DVKA) sowie das Institut der Sozialversicherung und der Fonds der Pflichtversicherung für die Gesundheitsvorsorge sind

- auf der Grundlage von Artikel 19 Absätze 4 bis 6 des Abkommens,
- unter Beteiligung des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales und des Ministeriums für Sozialen Wohlstand und Jugend,
- zur Durchführung der Bestimmungen über die anzuwendenden Rechtsvorschriften des Abkommens

wie folgt übereingekommen:

Artikel 1
Begriffsbestimmungen

(1) Vereinbarungen nach Artikel 9 des Abkommens werden als „Ausnahmevereinbarungen" bezeichnet.

(2) Andere Begriffe haben die im Abkommen festgelegte Bedeutung.

Artikel 2
Entsendungen

(1) Ein Arbeitnehmer gilt nur dann als im Rahmen des gewöhnlich im Entsendestaat bestehenden Beschäftigungsverhältnisses (Artikel 7 Absatz 1 des Abkommens) entsandt, sofern
- dem im Entsendestaat ansässigen Arbeitgeber weiterhin das Direktionsrecht zusteht,
- der Arbeitnehmer in die Organisation des entsendenden Arbeitgebers eingegliedert bleibt,
- sich der Entgeltanspruch des Arbeitnehmers weiterhin gegen den entsendenden Arbeitgeber richtet

und
- das Entgelt - soweit die Entsendung die Dauer von zwei Monaten im Kalenderjahr überschreitet - vom entsendenden Arbeitgeber wirtschaftlich getragen wird.

(2) Der entsendende Arbeitgeber übt im Entsendestaat gewöhnlich eine nennenswerte Geschäftstätigkeit (Artikel 7 Absatz 1 des Abkommens) aus, wenn er üblicherweise im Entsendestaat 25% seines Umsatzes erzielt und/oder 25% seiner Arbeitnehmer beschäftigt (Ziffer 8 Buchstabe c des Schlussprotokolls zum Abkommen). Ein Arbeitgeber, der im Entsendestaat ausschließlich internes Verwaltungspersonal beschäftigt, übt keine nennenswerte Geschäftstätigkeit im Entsendestaat im Sinne von Artikel 7 Absatz 1 des Abkommens aus.

(3) Artikel 7 des Abkommens ist auch anwendbar, wenn der entsandte Arbeitnehmer unmittelbar vor der Entsendung in den anderen Vertragsstaat vom entsendenden Arbeitgeber in einen dritten Staat entsandt worden war.

(4) Einer Entsendung nach Artikel 7 des Abkommens steht nicht entgegen, dass der entsandte Arbeitnehmer zum Zwecke der Entsendung eingestellt wurde, sofern für ihn unmittelbar vor der Entsendung mindestens zwei Monate die Rechtsvorschriften des Entsendestaats gegolten haben. Ferner muss in diesem Fall eine Perspektive für eine anschließende Weiterbeschäftigung beim entsendenden Arbeitgeber im Entsendestaat bestehen.

(5) Die Tätigkeit des entsandten Arbeitnehmers entspricht nicht dem Tätigkeitsbereich des Arbeitgebers im Entsendestaat (Ziffer 8 Buchstabe aa des Schlussprotokolls zum Abkommen), wenn der entsandte Arbeitnehmer

seine Beschäftigung nach der Entsendung nicht in gleicher Weise beim entsendenden Arbeitgeber im Entsendestaat fortsetzen kann.

Artikel 3
Ausnahmevereinbarungen

(1) Eine Ausnahmevereinbarung nach Artikel 9 des Abkommens soll in erster Linie einem Arbeitnehmer, der gewöhnlich in einem Vertragsstaat bei einem dort ansässigen Arbeitgeber beschäftigt ist und im Voraus befristet in dem anderen Vertragsstaat eingesetzt wird, ermöglichen, den Rechtsvorschriften des ersten Vertragsstaats unterstellt zu bleiben. Dies gilt sowohl für einen entsandten Arbeitnehmer, soweit er die in Artikel 7 des Abkommens genannten Voraussetzungen nicht erfüllt (z. B. Entsendung über 24 Monate) oder bei einem vorübergehenden Einsatz bei einer rechtlich selbstständigen Beteiligungsgesellschaft des entsendenden Arbeitgebers gemäß Ziffer 9 des Schlussprotokolls zum Abkommen. Für einen selbstständig Tätigen kann eine Ausnahmevereinbarung zum Beispiel geschlossen werden, wenn er im Herkunftsstaat die Infrastruktur aufrechterhält, die er zur Fortsetzung seiner selbstständigen Tätigkeit nach dem im Voraus zeitlich befristeten Einsatz im anderen Vertragsstaat benötigt.

(2) Eine Ausnahmevereinbarung ist eine Ermessensentscheidung, die gemeinsam vom GKV-SV, DVKA als vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales bevollmächtigte Stelle und dem Ministerium für Sozialen Wohlstand und Jugend im Einzelfall getroffen wird. Bei dieser Entscheidung sind die Art und die Umstände der Beschäftigung zu berücksichtigen. Hierzu zählen, neben der Dauer der Beschäftigung, die Funktion und das Aufgabengebiet der Person, für die eine Ausnahmevereinbarung getroffen werden soll, sowie deren besonderen Kenntnisse und Fähigkeiten.

(3) Grundsätzlich wird eine Ausnahmevereinbarung für einen Arbeitnehmer nur getroffen, wenn er weiterhin arbeitsvertraglich an seinen im Herkunftsstaat ansässigen Arbeitgeber gebunden ist. Ein ruhender Arbeitsvertrag mit der Zusage, das Beschäftigungsverhältnis nach Beendigung des Einsatzes im Herkunftsstaat wieder in vollem Umfang aufleben zu lassen, stellt eine ausreichende arbeitsrechtliche Bindung für den Abschluss einer Ausnahmevereinbarung dar.

(4) Eine Ausnahmenvereinbarung kann auch für einen Arbeitnehmer geschlossen werden, der von seinem im Herkunftsstaat ansässigen Arbeitgeber im anderen Vertragsstaat eingesetzt wird, wenn dieser dort einen weiteren Arbeitsvertrag mit einer rechtlich selbstständigen Beteiligungsgesellschaft seines Arbeitgebers geschlossen hat, die im Einsatzstaat ansässig ist.

(5) Eine Ausnahmevereinbarung kann auch geschlossen werden, wenn für eine Person unmittelbar vor dem vorübergehenden Einsatz für seinen Arbeitgeber im anderen Vertragsstaat die Rechtsvorschriften eines Drittstaats gegolten haben. Dies kommt insbesondere in Betracht, wenn für die Person bisher zu keinem Zeitpunkt die Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaats, aber zu einem früheren Zeitraum bereits den Rechtsvorschriften des ersten Vertragsstaats gegolten haben.

Artikel 4
Zeitlicher Rahmen von Ausnahmevereinbarungen

(1) Eine Ausnahmevereinbarung wird grundsätzlich nur getroffen, wenn die Erwerbstätigkeit in dem anderen Vertragsstaat voraussichtlich fünf Jahre nicht übersteigt, dabei werden Zeiten nach Artikel 7 des Abkommens angerechnet.

(2) Verlängert sich ein zunächst für längstens fünf Jahre geplanter Einsatz im anderen Vertragsstaat, kann eine Verlängerung der Ausnahmevereinbarung grundsätzlich bis maximal insgesamt acht Jahre in Betracht kommen. Voraussetzung hierfür ist, dass die im Antragsverfahren darzulegenden besonderen Umstände des Einzelfalls (z. B. Projektverzögerungen oder Probleme bei der Nachfolgeregelung) eine solche Verlängerung rechtfertigen.

(3) Wird ein Arbeitnehmer, für den bereits zu einem früheren Zeitpunkt eine Ausnahmevereinbarung getroffen wurde, erneut im anderen Vertragsstaat eingesetzt, kommt eine neue Ausnahmevereinbarung nur in Betracht, wenn er in der Zwischenzeit mindestens 12 Monate nicht in diesem Vertragsstaat gearbeitet hat. Ansonsten wird die Zeit, für die bereits gemäß Artikel 7 oder Artikel 9 des Abkommens die Rechtsvorschriften des ersten Vertragsstaats gegolten haben, auf die in Artikel 4 Absatz 1 und 2 genannten Vereinbarungszeiträume angerechnet.

(4) Für Personen, die am Tag des Inkrafttretens des Abkommens bereits vorübergehend im anderen Vertragsstaat eingesetzt sind, ohne dass eine

Entsendung nach Artikel 7 des Abkommens vorliegt, beginnt der Zeitraum, für den eine Ausnahmevereinbarung in Betracht kommt, mit diesem Tag.

Artikel 5
Sonderfälle

Zur Förderung der kulturellen, humanitären und wissenschaftlichen Zusammenarbeit der Vertragsstaaten können für in diesen Bereichen eingesetzte Personen Ausnahmevereinbarungen auch abweichend von Artikel 3 und Artikel 4 dieser Vereinbarung getroffen werden.

Artikel 6
Antragsverfahren

Der Antrag auf Abschluss einer Ausnahmevereinbarung ist vom Arbeitgeber und Arbeitnehmer gemeinsam bzw. vom selbstständig Tätigen an den GKV-SV, DVKA zu richten, sofern die deutschen Rechtsvorschriften gelten sollen. Wird die Anwendung der albanischen Rechtsvorschriften beantragt, so ist der Antrag beim Ministerium für Sozialen Wohlstand und Jugend zu stellen. Über den Antrag entscheidet die Stelle, bei der der Antrag gestellt wurde, im Einvernehmen mit der zuständigen Stelle des anderen Vertragsstaats gemäß Artikel 9 des Abkommens. Kann Einvernehmen über eine Ausnahmevereinbarung nicht erzielt werden, gelten die nach Artikel 6 bis 8 des Abkommens anzuwendenden Rechtsvorschriften.

Artikel 7
Aufhebung einer Ausnahmevereinbarung

(1) Wurde eine Ausnahmevereinbarung getroffen, so kann sie auf gemeinsamen Antrag des Arbeitgebers und des Arbeitnehmers bzw. auf Antrag des selbstständig Tätigen vom GKV-SV, DVKA und dem Ministerium für Sozialen Wohlstand und Jugend einvernehmlich aufgehoben werden. Dies ist in der Regel nur mit Wirkung für die Zukunft möglich.

(2) Der Antrag auf Aufhebung einer Ausnahmevereinbarung ist an die Stelle zu richten, bei der die Ausnahmevereinbarung beantragt worden war.

Artikel 8
Bescheinigung über die anzuwendenden Rechtsvorschriften

(1) Nach Artikel 7 Absatz 4 und Artikel 9 Absatz 3 des Abkommens ist für eine Person, die ihre Erwerbstätigkeit vorübergehend im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats ausübt, eine Bescheinigung über die für sie geltenden Rechtsvorschriften auszustellen. Die hierfür vereinbarten Vordrucke - jeweils in deutscher und albanischer Sprache - sind Bestandteil dieser Verwaltungsvereinbarung.

(2) Inhaltliche Änderungen der Vordrucke können nur einvernehmlich und schriftlich vorgenommen werden. Eine Änderung der Vordrucke hat keinen Einfluss auf die Gültigkeit dieser Verwaltungsvereinbarung.

Artikel 9
Inkrafttreten und Vereinbarungsdauer

Diese Verwaltungsvereinbarung ist vom Tag des Inkrafttretens des Abkommens an anzuwenden und gilt für dieselbe Dauer.

Geschehen zu Bonn am 18.10.2016 in zwei Urschriften, jede in deutscher und albanischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die deutsche Seite

.....

Hans-Holger BAUER
Spitzenverband Bund der Krankenkassen, Deutsche Verbindungsstelle Krankenversicherung Ausland

Für die albanische Seite

.....

Drejtor

DEUTSCH-ALBANISCHES ABKOMMEN ÜBER SOZIALE SICHERHEIT
MARREVESHJA GJERMANO-SHQIPTARE MBI MBROJTJEN SHOQERORE

DE/AL 101

Bescheinigung über die Anwendung der deutschen Rechtsvorschriften bei Beschäftigung in Albanien[1)]
Artikel 7 und 9 des Abkommens

Vërtetim mbi dispozitat e zbatueshme ligjore gjermane gjatë punësimit në Shqipëri[1)]
Nenet 7 dhe 9 të Marrëveshjes

1 ☐ Arbeitnehmer / Punëmarrësi ☐ Selbstständiger / Personi i vetëpunësuar

Name / Mbiemri
.....

Vorname / Emri
.....

Geburtsdatum / Datëlindja
.....

Rentenversicherungsnummer / Numri i sigurimit të pensionit
.....

Anschrift / Adresa
.....

2 Arbeitgeber in Deutschland / Punëdhënësi në Gjermani

Bezeichnung / Specifikimi
.....

Anschrift / Adresa
.....

3 Die in Feld 1 genannte Person wird für die Zeit

vom / nga ..... bis / deri .....

☐ zu dem in Feld 4 genannten Unternehmen bzw. der in Feld 4 genannten Beschäftigungsstelle in Albanien entsandt.

☐ bei dem in Feld 4 genannten Unternehmen bzw. der in Feld 4 genannten Beschäftigungsstelle in Albanien beschäftigt / selbstständig erwerbstätig sein.

3 Personi i cituar në fushën 1, për periudhën

☐ do të dërgohet tek subjekti i cituar në fushën 4 ose do të dërgohet në Shqipëri në vendin e punës të cituar në fushën 4.

☐ do të punësohet/vetëpunësohet pranë subjekti të cituar në fushën 4 ose në vendin e punës në Shqipëri të cituar në fushën 4.

4 Unternehmen bzw. Beschäftigungsstelle in Albanien / Subjekti ose vendi i punës në Shqipëri

Bezeichnung / Specifikimi
.....

Anschrift / *Adresa*
.....

5 Für die in Feld 1 genannte Person gelten die deutschen Rechtsvorschriften über Soziale Sicherheit [2)]

vom / nga ..... bis / deri ..... [3)]

gemäß

☐ Artikel 7 des Abkommens für längstens 24 Monate. [4)]

☐ Artikel 9 des Abkommens.

5 Për personin e cituar në fushën 1 zbatohen dispozitat ligjore gjermane mbi Mbrojtjen Shoqërore[2)]

në përputhje me

☐ nenin 7 të Marrëveshjes për maksimalisht 24 muaj. [4)]

☐ nenin 9 të Marrëveshjes.

6 Deutscher Träger / Institucioni gjerman

Bezeichnung / Specifikimi
.....

Anschrift / *Adresa*
.....

Stempel / *Vula*

Datum / *Data*
.....

Unterschrift / Nënshkrimi
.....

Herausgeber: GKV-Spitzenverband DVKA, Bonn

10.16

DE/AL 101

☐ Zutreffendes bitte so ☒ kennzeichnen.

1) Diese Bescheinigung wird auf Antrag von der Krankenkasse, an die die Beiträge zur Rentenversicherung abgeführt werden, andernfalls von der Deutschen Rentenversicherung Bund, ausgestellt.
Sofern eine Vereinbarung nach Artikel 9 des Abkommens getroffen wurde, stellt der Spitzenverband Bund der Krankenkassen, Deutsche Verbindungsstelle Krankenversicherung – Ausland (GKV-Spitzenverband, DVKA) die Bescheinigung aus.

Diese Bescheinigung ist in zweifacher Ausfertigung auszustellen. Ein Exemplar enthält die in Feld 1 genannte Person – ggf. über ihren Arbeitgeber –; ein Exemplar ist zu senden an:
Instituti i Sigurimeve Shoqërore
Rr. e Durrësit 83
1001 Tirana
REPUBIK ALBANIEN

2) Neben den deutschen Rechtsvorschriften über die gesetzliche Rentenversicherung (Artikel 2 Absatz 1 Nummer 1 des Abkommens) gelten gemäß Ziffer 7 Buchstabe a des Schlussprotokolls zum Abkommen auch allein die deutschen Rechtsvorschriften über die Kranken-, Pflege- und Unfallversicherung sowie über die Versicherungspflicht nach dem Recht der Arbeitsförderung (Arbeitslosenversicherung) so, als ob die Erwerbstätigkeit in Deutschland ausgeübt würde.

3) Der Gültigkeitszeitraum der Bescheinigung ist immer einzutragen.

4) Für Personen, die am Tag des Inkrafttretens des Abkommens bereits nach Albanien entsandt sind, beginnt der Entsendezeitraum von maximal 24 Monaten mit dem Tag des Inkrafttretens des Abkommens (Ziffer 8 Buchstabe b des Schlussprotokolls zum Abkommen).

Geht eine Entsendung nach Albanien über 24 Monate hinaus, kann für den darüber hinausgehenden Zeitraum die weitere Anwendung der deutschen Rechtsvorschriften über Soziale Sicherheit auf der Grundlage einer Ausnahmevereinbarung (Artikel 9 des Abkommens) in Betracht kommen. Hierfür ist ein gemeinsamer Antrag des Arbeitgebers und des Arbeitnehmers oder ein Antrag des Selbstständigen erforderlich. Informationen über das Antragsverfahren sind im Internet unter www.dvka.de abrufbar oder beim GKV-Spitzenverband, DVKA, Postfach 20 04 64, 53134 Bonn erhältlich.

☐Alternativat relevante lutemi shënojini kështu ☒

1) Ky vërtetim lëshohet me kërkesë nga Fondi i Sigurimit Shëndetësor në të cilin paguhen kontributet e sigurimit të pensionit ose nga Fondi Fedral Gjerman i Sigurimit të Detyrueshëm të Pensioneve.
Nëse është konkluduar në një marrëveshje sipas nenit 9 të Marrëveshjes, vërtetimi lëshohet nga Unioni Qendror Federal i Sigurimit Shëndetësor, Zyra Ndërlidhëse Gjermane për Sigurim Shëndetësor – jashtë shtetit (GKV-SV, DVKA)

Ky vërtetim duhet lëshuar në dy kopje. Një kopje e mban personi i cituar në fusjën 1 – nëse është rasti nëpërmjet punëdhënësit të tij- dhe një kopje i duhet dërguar:
Instituti i Sigurimeve Shoqërore
Rr. e Durrësit 83
1001 Tirana
REPUBIK ALBANIEN

2) Krahas dispozitave ligjore gjermane mbi sigurimin e detyrueshëm të pensioneve (neni 2 paragrafi 1 i Marrëveshjes), në përputhje me pikën 7 gërma a të Protokollit Përfundimtar të Marrëveshjes, zbatohen edhe vetëm dispozitat gjermane mbi sigurimin shëndetësor, atë të përkujdesjes dhe ndaj aksidenteve sipas Ligjit të Nxitjes së Punësimit (Sigurimi nga Papunësia) në atë mënyrë, sikur punësimi të ishte ushtruar në Gjermani.

3) Duhet shënuar gjithmonë afati i vlefshmërisë së vërtetimit.

4) Për personat, të cilët në ditën e hyrjes në fuqi të Marrëveshjes janë ndodhur si të dërguar në Shqipëri, periudha e dërgimit prej maksimalisht 24 muajve fillon me ditën e hyrjes në fuqi të Marrëveshjes (pika 8 gërma b e Protokollit Përfundimtar të Marrëveshjes).

Nëse periudha e dërgimit në Shqipëri i kalon 24 muaj, për periudhën përtej këtij afati mund të vazhdojnë të zbatohen dispozitat ligjore gjermane mbi mbrojtjen shoqërore bazuar në një marrëveshje të veçantë (neni 9 i Marrëveshjes). Për këtë nevojitet një kërkesë e përbashkët e punëdhënësit dhe e punëmarrësit ose një kërkesë e personit të vetëpunësuar. Informacionet mbi procedurën e aplikimit mund të merren në internet në faqen www.dvka.de ose pranë GKV-Spitzenverband, DVKA, Postfach 20 04 64, 53134 Bonn.

Marrëveshja administrative
mbi zbatimin e
neneve 6 deri 9 të Marrëveshjes bazë së datës 23/09/2015
mbi Mbrojtjen Shoqërore
ndërmjet
Republikës Federale Gjermane dhe Republikës së Shqipërisë

Unioni Qendror Federal i Sigurimit Shëndetësor, Zyra Ndërlidhëse Gjermane për Sigurim Shëndetësor - jashtë shtetit (GKV-SV, DVKA) si edhe Instituti i Sigurimeve Shoqërore dhe Fondi i Sigurimit të Detyrueshëm për Kujdesin Shëndetësor

- bazuar në nenin 19 paragrafet 4 deri 6 të Marrëveshjes,

  me pjesëmarrjen e Ministrisë Federale të Punës dhe Çështjeve Sociale të Republikës Federale të Gjermanisë dhe Ministria e Mirëqenies Sociale dhe Rinisë të Republikës së Shqipërisë,

- për zbatimin e dispozitave të përcaktuara ligjore të Marrëveshjes

ranë dakord si më poshtë:

Neni 1
Përkufizimet

(1) Marrëveshjet në kuptim të nenit 9 të Marrëveshjes bazë, do të quhen "marrëveshje administrative të veçanta" .
(2) Termat e përdorura në Marrëveshjet Administrative të veçanta, do të kenë të njëjtin kuptim si në Marrëveshjen bazë.

Neni 2
Persona të dërguar

(1) Një punëmarrës konsiderohet si i dërguar në kuadër të marrëdhënies së zakonshme të punësimit në shtetin dërgues (neni 7 parag. 1 i Marrëveshjes) vetëm nëse:

- punëdhënësi me seli në shtetin dërgues vazhdon të ketë kompetencën për të dhënë udhëzime,
- punëmarrësi vazhdon të mbetet i inkorporuar në strukturën e punëdhënësit dërgues,
- punëmarrësi pretendimin për pagën vazhdon ta ketë ndaj punëdhënësit dërgues,

dhe

- paga - përsa kohë dërgimi e kalon periudhën prej dy muajve në vitin kalendarik - do të përballohet ekonomikisht nga punëdhënësi dërgues.

(2) Punëdhënësi dërgues ushtron zakonisht në shtetin dërgues një aktivitet të konsiderueshëm (neni 7, paragrafi 1 i Marrëveshjes) në qoftë se ai zakonisht në shtetin dërgues realizon 25% të xhiros së tij dhe / ose punëson në shtetin dërgues zakonisht 25% të punëtorëve të tij (nr. 8, gërma c e protokollit përfundimtar të Marrëveshjes). Një punëdhënës, i cili në shtetin dërgues punëson vetëm stafin e brendshëm administrativ, nuk ushtron ndonjë aktivitet të konsiderueshëm në shtetin dërgues në kuptim të nenit 7, paragrafi 1 i Marrëveshjes.

(3) Neni 7 i Marrëveshjes është i zbatueshëm edhe në qoftë se punëmarrësi i dërguar, direkt përpara dërgimit në shtetin tjetër kontraktues, ka qenë i dërguar nga punëdhënësi në një shtet të tretë.

(4) Një dërgim sipas nenit 7 të Marrëveshjes nuk përjashton rastin kur një punëmarrës i dërguar është marrë në punë me qëllimin e dërgimit, nëse për të, direkt përpara dërgimit, të paktën për dy muaj, kanë qenë të zbatueshme dispozitat ligjore të shtetit dërgues. Në këtë rast, duhet të ekzistojë një perspektivë e mëtejshme për vazhdimin e punësimit tek punëdhënësi dërgues në shtetin dërgues.

(5) Nuk konsiderohet person i dërguar, nëse
aktiviteti i punëmarrësit të dërguar nuk përkon me fushën e veprimtarisë së punëdhënësit në shtetin dërgues (nr. 8 gërma aa e protokollit përfundimtar të Marrëveshjes), në qoftë se punëmarrësi i dërguar pas dërgimit nuk mund ta vazhdojë punën e tij në të njëjtën mënyrë tek punëdhënësi dërgues në shtetin dërgues.

Neni 3
Marrëveshjet e veçanta

(1) Një marrëveshje e veçantë sipas nenit 9 të Marrëveshjes, në rradhë të parë, duhet t`i mundësojë një punëmarrësi, i cili zakonisht është i punësuar në njërin nga shtetet kontraktuese, në një subjekt, që ka selinë në atë shtet dhe paraprakisht është i punësuar me afat të kufizuar në shtetin tjetër kontraktues, zbatueshmërinë e dispozitave ligjore të shtetit të parë kontraktues. Kjo zbatohet edhe për një punëmarrës të dërguar, përsa kohë ai nuk i përmbush kriteret e nenit 7 të Marrëveshjes (p.sh. dërgimi për një periudhë mbi 24 muaj) ose në rastin e një punësimi të përkohshëm tek një filial ligjërisht i pavarur i punëdhënësit dërgues në përputhje me pikën 9 të protokollit përfundimtar të Marrëveshjes. Për një person të vetëpunësuar mund të lidhet për shembull një marrëveshje e veçantë, në qoftë se ai në vendin e origjinës ruan infrastrukturën, për të cilën ai ka nevojë për vazhdimin e vetëpunësimit pas punësimit të tij me afat të paracaktuar në shtetin tjetër kontraktues.

(2) Një marrëveshje e veçantë është një vendim diskrecional që merret bashkërisht nga GKV-SV, DVKA si institucion i autorizuar nga Ministria Federale për Punën dhe Çështjet Sociale në Gjermani dhe Ministria e Mirëqenies Sociale dhe Rinisë në Shqipëri, në rast individual. Në këtë vendim duhen marrë parasysh lloji dhe rrethanat e punësimit. Këtu, përveç kohëzgjatjes së punësimit, përfshihen edhe funksioni dhe fusha e përgjegjësisë së personit për të cilin duhet bërë një marrëveshje e veçantë, si edhe njohuritë dhe aftësitë e tij të veçanta.

(3) Një marrëveshje e veçantë për një punëmarrës merret vetëm kur ai është ende duke punuar nën kontratë me punëdhënësin e tij me seli në vendin e tij të origjinës ose gjatë periudhës së dërgimit ka një kontratë pune pasive me të drejtë riaktivizimin e plotë të saj në vendin e origjinës pas përfundimit të punësimit.

(4) Një marrëveshje e veçantë mund të lidhet edhe për një punëmarrës, i cili dërgohet nga punëdhënësi i shtetit të tij të origjinës, në një shtet tjetër kontraktues për një kohë të caktuar dhe që ka lidhur një kontratë shtesë pune me një filial ligjërisht të pavarur të punëdhënësit të tij, me seli në shtetin tjetër kontraktues për aktivitetin që do të kryejë atje.

(5) Një marrëveshje e veçantë mund të lidhet edhe kur për një person, direkt përpara aktivitetit të tij të përkohshëm për punëdhënësin e tij në shtetin tjetër kontraktues, kanë qenë të zbatueshme dispozitat ligjore të

shtetit të tretë kontraktues. Kjo merret veçanërisht në konsideratë nëse për personin deri tani asnjëherë nuk janë zbatuar dispozitat ligjore të shtetit tjetër kontraktues, por në një periudhë më të hershme për të kanë qenë të zbatueshme dispozitat ligjore të shtetit të parë kontraktues.

Neni 4
Afati kohor i marrëveshjeve të veçanta

(1) Një marrëveshje e veçantë në parim konkludohet vetëm nëse punësimi në shtetin tjetër kontraktues nuk parashikohet të jetë për një periudhë më të gjatë se pesë vjet, ku periudhat do të llogariten në bazë të nenit 7 të Marrëveshjes.

(2) Nëse punësimi në shtetin tjetër kontrakues zgjat më shumë sesa periudha maksimale e planifikuar prej pesë vjetësh, afati i marrëveshjeve të veçanta parimisht mund të shtyhet për një periudhë maksimale prej tetë vjetësh. Parakusht për këtë janë rrethanat specifike të rastit, të përcaktuara në procedurat e aplikimit (p.sh. vonesat e projektit apo probleme në planin e vazhdimësisë) të cilat e justifikojnë shtyrjen.

(3) Nëse një punëmarrës për të cilin më parë është bërë një marrëveshje e veçantë, dërgohet përsëri në shtetin tjetër kontraktues, një marrëveshje e re e veçantë bëhet vetëm nëse ai nuk ka punuar 12 muaj në këtë shtet kontraktues. Në rast të kundërt, periudha për të cilën në zbatim të neneve 7 ose 9 të Marrëveshjes janë zbatuar dispozitat ligjore të shtetit të parë kontraktues, do të përfshihet në periudhat e Marrëveshjes të përmendura në nenin 4, paragrafët 1 dhe 2.

(4) Për ato persona, të cilët në ditën e hyrjes në fuqi të Marrëveshjes janë të punësuar përkohësisht në shtetin tjetër kontraktues, pa qenë të dërguar në kuptim të nenit 7 të Marrëveshjes, periudha për të cilën zbatohet marrëveshja e veçantë fillon në këtë ditë.

Neni 5
Raste të veçanta

Për të nxitur bashkëpunimin kulturor, humanitar dhe shkencor ndërmjet shteteve kontraktuese, për personat e punësuar në këto fusha mund të bëhen marrëveshje të veçanta pavarësisht neneve 3 dhe 4 të kësaj Marrëveshje Administrative.

Neni 6
Procedura e aplikimit

Nëse duhet të zbatohen dispozitat ligjore gjermane, aplikimi për lidhjen e një marrëveshje të veçantë i drejtohet GKV- SV, DVKA nga punëdhënësi dhe punëmarrësi bashkërisht ose nga një person i vetëpunësuar. Nëse aplikohet zbatimi i dispozitave ligjore shqiptare, aplikimi do të bëhet në Ministrinë e Mirëqenies Sociale dhe Rinisë. Mbi aplikimin vendos institucioni ku është bërë kërkesa, në marrëveshje me institucionin kompetent të shtetit tjetër kontraktues dhe në pajtim me nenin 9 të Marrëveshjes. Nëse nuk mund të bihet dakord për një marrëveshje të veçantë, zbatohen dispozitat ligjore sipas neneve 6 dhe 8 të Marrëveshjes.

Neni 7
Shfuqizimi i një marrëveshje të veçantë

(1) Në qoftë se është rënë dakord për një marrëveshje të veçantë, ajo me kërkesë të përbashkët të punëdhënësit dhe punëmarrësit ose me kërkesë të personit të vetëpunësuar mund të shfuqizohet me pëlqimin e GKV-SV, DVKA dhe Ministrisë së Mirëqenies Sociale dhe Rinisë. Si rregull është e mundur vetëm me efekt për të ardhmen.

(2) Kërkesa për shfuqizimin e marrëveshjes së veçantë duhet t`i drejtohet institucionit tek i cili është bërë aplikimi për marrëveshjen e veçantë.

Neni 8
Vërtetimi mbi dispozitat e zbatueshme ligjore

(1) Bazuar në nenin 7, paragrafi 4 dhe nenin 9, paragrafi 3 i Marrëveshjes, për një person i cili ushtron përkohësisht veprimtarinë e tij në territorin e shtetit tjetër kontraktues, duhet të lëshohet një vërtetim mbi dispozitat e zbatueshme ligjore për të. Formularët e rënë dakord për këtë qëllim - përkatësisht në gjuhën shqipe dhe gjermane - janë pjesë e kësaj Marrëveshje Administrative.

(2) Ndryshimet në përmbajtjen e formularëve mund të bëhet vetëm me

marrëveshje me shkrim ndërmjet palëve. Një ndryshim i formularëve nuk ndikon në vlefshmërinë e kësaj Marrëveshje Administrative.

Neni 9
Hyrja në fuqi dhe kohëzgjatja e marrëveshjes

Kjo Marrëveshje Administrative duhet të zbatohet nga data e hyrjes në fuqi të Marrëveshjes dhe do të ketë të njëjtën kohëzgjatje.

Bërë në Bon më 18.10.2016 në dy origjinale, secili në gjuhën gjermane dhe shqipe, ku të dyja tekstet janë njëlloj autentike.

Për Palën gjermane

.....

Hans-Holger BAUER
Unioni Qendror Federal i Sigurimit Shëndetësor, Zyra Ndërlidhëse Gjermane për Sigurim Shëndetësor – jashtë shtetit

Për Palën shqiptare

.....

DREJTOR I INSTITUTIT TË SIGURIMEVE SHOQËRORË

AL/DE 101

MARREVESHJA SHQIPTARO-GJERMANE MBI MBROJTJEN SHOQERORE
ALBANISCH-DEUTSCHES ABKOMMEN ÜBER SOZIALE SICHERHEIT

Vërtetim mbi dispozitat e zbatueshme ligjore shqiptare gjatë punësimit në Gjermani[1)]
Nenet 7 dhe 9 të Marrëveshjes

Bescheinigung über die Anwendung der albanischen Rechtsvorschriften bei Beschäftigung in Deutschland[1)]
Artikel 7 und 9 des Abkommens

1 ☐ *Punëmarrësi / Arbeitnehmer* ☐ *Personi i vetëpunësuar / Selbstständiger*

Mbiemri / Name .....
Emri / Vorname .....

Datëlindja / Geburtsdatum .....
Numri i sigurimit të pensionit / Rentenversicherungsnummer .....

Adresa / Anschrift
.....

2 *Punëdhënësi në Shqipëri / Arbeitgeber in Albanien*

Specifikimi / Bezeichnung
.....

Adresa / Anschrift
.....

3 Personi i cituar në fushën 1, për periudhën

nga / vom..... *deri / bis*.....

☐ *do të dërgohet tek subjekti i cituar në fushën 4 ose do të dërgohet në Gjermani në vendin e punës të cituar në fushën 4.*

☐ *do të punësohet/vetëpunësohet pranë subjekti të cituar në fushën 4 ose në vendin e punës në Gjermani të cituar në fushën 4.*

3. *Die in Feld 1 genannte Person wird für die Zeit*

nga / vom..... *deri / bis*.....

☐ *zu dem in Feld 4 genannten Unternehmen bzw. der in Feld 4 genannten Beschäftigungsstelle in Deutschland entsandt.*

☐ *bei dem in Feld 4 genannten Unternehmen bzw. der in Feld 4 genannten Beschäftigungsstelle in Deutschland beschäftigt / selbstständig erwerbstätig sein.*

4 *Subjekti ose vendi i punës në Gjermani / Unternehmen bzw. Beschäftigungsstelle in Deutschland*

Specifikimi / Bezeichnung
.....

Adresa / Anschrift
.....

5. *Për personin e cituar në fushën 1 zbatohen dispozitat ligjore shqiptare mbi Mbrojtjen Shoqërore*[2)]

nga / vom..... *deri / bis*.....[3)]

në përputhje me

☐ *nenin 7 të Marrëveshjes për maksimalisht 24 muaj.*[4)]

☐ *nenin 9 të Marrëveshjes.*

5. *Für die in Feld 1 genannte Person gelten die albanischen Rechtsvorschriften über Soziale Sicherheit* [2)]

nga / vom..... *deri / bis*.....[3)]

gemäß

☐ *Artikel 7 des Abkommens für längstens 24 Monate.*[4)]

☐ *Artikel 9 des Abkommens.*

6 *Institucioni shqiptar / Albanischer Träger*

Specifikimi / Bezeichnung
.....

Adresa / Anschrift
.....

Vula / Stempel

Data / Datum
.....

Nënshkrimi / Unterschrift
.....

AL/DE 101

☐ *Alternativat relevante lutemi shënojini kështu* ☒

☐ *Zutreffendes bitte so* ☒ *kennzeichnen.*

1) *Ky vërtetim lëshohet me kërkesë nga Instituti i Sigurimeve Shoqërore.*

1) *Diese Bescheinigung wird auf Antrag vom Institut der Sozialversicherung ausgestellt.*

2) *Krahas dispozitave ligjore shqiptare mbi skemën e sigurimit të detyrueshëm të pensionit të pleqërisë, pensionit të invaliditetit dhe pensionit familjar (neni 2 paragrafi 1 pika 2 e Marrëveshjes), në përputhje me pikën 7 gërma b të Protokollit Përfundimtar të Marrëveshjes, zbatohen vetëm dispozitat shqiptare mbi sigurimin shëndetësor, atë të aksidenteve në punë, të sëmundjeve profesionale, të barrëlindjes dhe të papunësisë në atë mënyrë, sikur punësimi të ishte ushtruar në Shqipëri. Nuk janë të zbatueshme dispozitat ligjore gjermane mbi sigurimin e përkujdesjes.*

2) *Neben den albanischen Rechtsvorschriften über das System der sozialen Pflichtversicherung zur Alters-, Invaliditäts- und Hinterbliebenenrente (Artikel 2 Absatz 1 Nummer 2 des Abkommens) gelten gemäß Ziffer 7 Buchstabe b des Schlussprotokolls zum Abkommen auch allein die albanischen Rechtsvorschriften über die Gesundheits-, Arbeitsunfall-, Berufskrankheits-, Kranken-, Mutterschafts- und Arbeitslosenversicherung so, als ob die Erwerbstätigkeit in Albanien ausgeübt würde. Die deutschen Rechtsvorschriften über die Pflegeversicherung gelten nicht.*

3) *Duhet shënuar gjithmonë afati i vlefshmërisë së vërtetimit.*

3) *Der Gültigkeitszeitraum der Bescheinigung ist immer einzutragen.*

4) *Për personat, të cilët në ditën e hyrjes në fuqi të Marrëveshjes janë ndodhur si të dërguar në Gjermani, periudha e dërgimit prej maksimalisht 24 muajve fillon me ditën e hyrjes në fuqi të Marrëveshjes (pika 8 gërma b e Protokollit Përfundimtar të Marrëveshjes).*

Nëse periudha e dërgimit në Gjermani i kalon 24 muaj, për periudhën përtej këtij afati mund të vazhdojnë të zbatohen dispozitat ligjore shqiptare mbi mbrojtjen shoqërore bazuar në një marrëveshje të veçantë (neni 9 i Marrëveshjes). Për këtë nevojitet një kërkesë përbashkët e punëdhënësit dhe e punëmarrësit ose një kërkesë e personit të vetëpunësuar. Kërkesa bëhet pranë Ministrisë së Mirëqenies Sociale dhe Rinisë.

4) *Für Personen, die am Tag des Inkrafttretens des Abkommens bereits nach Deutschland entsandt sind, beginnt der Entsendezeitraum von maximal 24 Monaten mit dem Tag des Inkrafttretens des Abkommens (Ziffer 8 Buchstabe b des Schlussprotokolls zum Abkommen).*

Geht eine Entsendung nach Deutschland über 24 Monate hinaus, kann für den darüber hinausgehenden Zeitraum die weitere Anwendung der albanischen Rechtsvorschriften über Soziale Sicherheit auf der Grundlage einer Ausnahmevereinbarung (Artikel 9 des Abkommens) in Betracht kommen. Hierfür ist ein gemeinsamer Antrag des Arbeitgebers und des Arbeitnehmers oder ein Antrag des Selbstständigen erforderlich. Der Antrag ist beim Ministerium für sozialen Wohlstand und Jugend zu stellen.